

Stadtkanzlei
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 05/2016 vom 30. Juni 2016, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Matthias Wiedmer
Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann (bis 19.00), Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham-Vadivelu, Alice Kropf, Andreas Kübli, Lukas Lanzrein, Manfred Locher (bis 19.00), Lukas Rohr, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Markus van Wijk (bis 19.00), Daniela Weber, Simon Werren,

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel und Konrad Hädener

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Laura Erni

Entschuldigt

Gemeinderat Peter Siegenthaler
Stadträtinnen Christine Buchs und Andrea de Meuron sowie Stadträte Serge Lanz und Till Weber

Schluss der Sitzung 20:15 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst er Darshikka Krishnanantham-Vadivelu als neues Stadtratsmitglied willkommen und wünscht ihr für ihre Arbeit im Rat viel Befriedigung. (Applaus)

Der Rat wählt Roman Gugger stillschweigend als Ersatz-Stimmenzähler.

35. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 3. Juni 2016.

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

36. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Bau und Liegenschaften anstelle von Alfred Blaser (SP)

Piero Catani, **SP-Fraktion**, schlägt Sabine Kaufmann (SP) zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

In die SAKO Bau und Liegenschaften wird als Mitglied anstelle von Alfred Blaser (SP) per sofort gewählt: Sabine Kaufmann (SP)

37. Neubau Krematorium Thun-Schoren

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'260'000 Franken für die Projektierung des Neubaus und eines Nachkredites von 92'580 Franken für zusätzliche Ausgaben für den Architekturwettbewerb

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2016

Gemeinderat Konrad Hädener gibt zu bedenken, dass es sich bei einem offenen Architekturwettbewerb um etwas Unkalkulierbares handelt. Die Stadt Thun kann den Teilnehmerkreis im Gegensatz zu privaten Auftraggebern im offenen Wettbewerb nicht beschränken. Das Risiko bestand, dass mehr Teilnehmende als erwartet mitmachen. Die Teilnehmerzahl wurde zu Beginn von allen Beteiligten, unter anderem auch von namhaften Architekten und anderen Jury-Mitgliedern, als realistisch beurteilt. Die Stadt Thun und die gesamte Architektencommunity nehmen die Situation zur Kenntnis und rechnen beim nächsten Mal mit einer möglichen höheren Beteiligung. Bezüglich Gesamtbaukosten wird auf einen kürzlich erschienenen Artikel im Thuner Tagblatt verwiesen. Bis auf die Schlagzeile, die eine alarmierend wirkende Kostenentwicklung beschreibt, war der Artikel inhaltlich gut. Er warnt davor, jetzt schon von einer Kostenentwicklung zu sprechen, da noch kein Projekt vorhanden ist. In den Unterlagen wird von 16,65 Millionen Franken und einem Intervall von 13 bis 20 Millionen Franken gesprochen. Alle bisher kommunizierten Zahlen passen in das Intervall. Ziel des momentanen Prozesses ist es, dieses Intervall zu verkleinern und die Kostengenauigkeit zu erhöhen. Der Unterschied in den kommunizierten Zahlen ist auf die Umgebungsarbeiten zurückzuführen, die sich aus der Friedhofserweiterung ergaben. Es kann zu einem späteren Zeitpunkt noch entschieden werden, welcher Teil der Gestaltung dem Projekt und welcher dem allgemeinen Friedhofsunterhalt zugeteilt wird.

Franz Schori, **SAKOL B+L**, informiert über den seit Jahren regelmässigen Austausch in dieser Angelegenheit. Die Sachkommission hatte die Gelegenheit, mehrere eingereichte Projekte, unter anderem das Gewinnerprojekt, zu begutachten. Er verweist auf den Jurybericht auf der Website der Stadt Thun. Zudem wurde die SAKO über den weiteren Verlauf des bestehenden denkmalgeschützten Krematoriums

informiert. Die SAKO B+L ist überzeugt von dem ausgewählten Projekt und stimmt dem Verpflichtungs- und dem Nachtragskredit einstimmig zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, betrachtet den Neubau des Krematoriums als unbestritten. Das Betreiben eines Krematoriums ist für Thun eine Selbstverständlichkeit und gibt dem Legislaturziel ein Gesicht, indem die Stadt als Zentrum gestärkt wird. Das Projekt OBON überzeugt durch die auffallende weisse Farbe, die Weiträumigkeit und die Säulen. Eine Erklärung für das hohe Interesse am Architekturwettbewerb sieht die Fraktion darin, dass es für die meisten Architekten eine einmalige Gelegenheit und Referenz ist, am Bau eines Krematoriums mithelfen zu können. Dennoch konnte man nicht ahnen, dass sich so viele Interessenten am Wettbewerb beteiligen. Die SP-Fraktion stimmt beiden Kreditvorlagen zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, beantragt wie bereits im 2014 eine Rückweisung des Geschäfts. Ein Krematorium soll würdevoll, ruhig und besinnlich sein. Das Siegerprojekt gefällt der Fraktion. Dennoch müssen Fragen nach der Wirtschaftlichkeit und der Finanzierbarkeit gestellt werden. Der Rückweisungsantrag soll mit einem Kostendach von 14,5 Millionen Franken verbunden werden. Dieser Betrag entspricht den ursprünglichen Kostenannahmen. In Thun gibt es noch andere Projekte, die eine finanzielle Unterstützung benötigen. Eine Kostenüberschreitung von 24% beim Kredit für den Architekturwettbewerb war für die Fraktion nicht vertrauensfördernd. Wenn offen ausgeschrieben wird, sollte mit einem hohen Interesse gerechnet werden. Im Anblick des Gesamtkostenvergleichs sind eine gewisse Verbindlichkeit und ein kostenbewusster Umgang mit dem Projekt erwünscht. Es stellt sich die Frage, ob ein Krematorium in dieser Grösse nötig ist, da in Thun 77% Auswärtige und nur 23% Thuner und Thunerinnen kremiert werden. Andere Neubauten in grösseren Städten sind zum Teil wesentlich günstiger, wenn auch nicht immer ganz vergleichbar. So haben beispielsweise Winterthur für 8 Millionen Franken, Baselstadt für 17 Millionen Franken und St. Gallen für 20 Millionen Franken gebaut. All diese Anlagen sind von der Leistungsfähigkeit doppelt so gross wie die Anlage in Thun. Es stellt sich die Frage, ob es bei der Grösse der Anlage und auch bei der Technik, welche in den Unterlagen nicht behandelt wurde, Einsparungsmöglichkeiten gibt. Technisch kann zwischen Elektro- und Gasöfen unterschieden werden. Möglicherweise können dort auch Kosten gespart werden. Der Säulengang könnte vereinfacht werden und so an Schlichtheit gewinnen. Die finanziellen Auswirkungen des Projekts sind am steigen. Es wird befürchtet, dass die Projektkosten plötzlich eine Höhe von 20 Millionen Franken erreichen. In Thun wurden bei Kostenschätzungen mit Neubauten gewisse Erfahrungen gemacht. Selten werden Anlagen um Millionen günstiger als erwartet gebaut. Die Fraktion betont, dass es sich um den letzten Moment handelt, um das Projekt zu re-dimensionieren und Kosten zu beschränken. Das Projekt an sich ist aber nicht gefährdet. Die Fraktion ist bereit, den Rückweisungsantrag zurückzuziehen, wenn sich der Gemeinderat bereit erklärt, das Kostendach von 14,5 Millionen Franken zu akzeptieren und nach bestem Wissen und Gewissen einzuhalten.

Michael Dähler, **SVP/FDP-Fraktion**, erläutert die wichtigsten Punkte des Geschäfts. Es wird auf die Wichtigkeit des Krematoriums in Thun hingewiesen. Ohne die kostenlose Kremierung von Thuner Bürgern und Bürgerinnen könnte sich das Krematorium selbst finanzieren. Das Projekt OBON passt zu Thun und überzeugt durch seine Einfachheit. Es handelt sich um eines der Projekte mit den besten und geeignetsten Realisierungskosten. Die Fraktion kritisiert die Mehrkosten, die auf eine gewisse Unschärfe zurückzuführen sind, da die erste Kostenschätzung lediglich auf einer Machbarkeitsstudie beruhte. Es wird erwartet, dass fortlaufend Optimierungen gemacht werden, um die Kosten so gering wie möglich zu halten. Der Gemeinderat wird gebeten, die Vorschläge, Befürchtungen und Ängste aufzunehmen. Im Hinblick auf eine Volksabstimmung ist es wichtig, dass das Geschäft optimal vorbereitet ist, die Kosten tief gehalten werden und der Stadtrat hinter der Vorlage steht. Die Fraktion steht klar hinter dem Vorhaben. Ein offener Wettbewerb ist optimal für viele gute und junge innovative Projekte. Es ist schön, dass sich so viele Architekturbüros am Wettbewerb beteiligt haben, auch wenn dies zu Mehrkosten geführt hat. Dennoch ist die Fraktion der Meinung, dass es sich dabei um den richtigen Weg handelt, um ein optimales Projekt zu erhalten. Die Fraktion nimmt den Projektierungs- und Nachkredit an und erinnert an die Wichtigkeit eines raschen Vorgehens, um das Krematorium weiterhin betreiben zu können.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erläutert das Geschäft. Eine Kostendeckung ist anzustreben. Mit einem Kostendach von 14,5 Millionen Franken könnte sich die Fraktion zufriedengeben. Ein offener Wettbewerb ist wichtig und richtig, auch wenn nicht mit so vielen Interessenten gerechnet wurde. Die BDP-Fraktion wird dem Wettbewerbs- und Verpflichtungskredit mehrheitlich zustimmen.

Lukas Rohr, **Fraktion der Mitte**, ist stolz auf den offenen Wettbewerb und die zahlreichen Eingaben. Ein Nachtragskredit ist notwendig. Die qualitativ hohen Projekte und der Standort des neuen Krematoriums überzeugen die Fraktion. An der Bandbreite zwischen 13 bis 20 Millionen Franken ist ersichtlich, wie die Kostenschätzung zu Stande kam. Die Fraktion vertraut darauf, dass der Gemeinderat die Finanzen der Stadt kennt und sich bewusst ist, dass eine einfache Lösung angestrebt wird. Es soll weder ein Luxus- noch ein Industrieobjekt gebaut werden. Das Projekt OBON mit seinen Säulen ist schön und überzeugend. Die Fraktion der Mitte unterstützt das Projekt.

Gemeinderat Konrad Hädener nimmt Stellung zu den Kostenvergleichen. Das Krematorium in St. Gallen, welches in einem selektiven Wettbewerb ausgeschrieben wurde, ist als einziges wirklich vergleichbar mit dem Thuner Krematorium. Fläche und Baukosten sind ähnlich gross, wenn man beachtet, dass das Krematorium in einer unvorteilhaften Hanglage gebaut wurde. Vergleichbar sind 17,3 Millionen Franken. Allerdings ist zu beachten, dass St. Gallen weniger Aufbahrungsräume und deutlich weniger Umgebungsgestaltungsarbeiten als Thun hat. Die Baukosten von 18,2 Millionen Franken in Basel-Stadt können nur teilweise verglichen werden, da es sich um einen Erweiterungsbau zu einem bestehenden Krematorium handelte. Ebenfalls nicht vergleichbar ist der Erweiterungsbau in Luzern mit Baukosten von 7 Millionen Franken, da es sich hier um einen sehr viel kleineren, reinen Industriebau ohne Aufbahrungsräume und Administration handelt. Der Erweiterungsbau in Winterthur ist vergleichbar mit Luzern. Ein wesentlicher Umstand und Kostenfaktor ist, dass Thun als Energiestadt die Vorgabe Minergie-P hat. Kein anderes Krematorium wurde in Minergie-P realisiert. In Anbetracht all dieser Faktoren handelt es sich um eines der günstigeren Krematorien. Da es sich bei den Ofentypen um einen wichtigen Kostenpunkt handelt, wird es in einem nächsten Schritt eine technologieoffene Ausschreibung der Öfen geben. Entscheidend für die Auswahl sind Eigenschaften sowie Kosten. Es wäre eine Fehlinterpretation, davon auszugehen, dass Thun Luxusöfen anschafft. Er versichert dem Rat, die Kosten nach bestem Wissen und Gewissen so tief wie möglich zu halten. Bis auf die Umgebungsarbeiten, verursacht durch die Friedhofserweiterung, sind die Kostenschätzungen mehr oder weniger konstant geblieben. Einsparungspotenzial ist aber vorhanden, vor allem bei den Umgebungsgestaltungsarbeiten. So kann bei den 2,2 Millionen Franken Umgebungsgestaltungsarbeiten eine tiefere Limite gesetzt werden. Er verweist auf die Anspielung von Stadtrat Hiltbold, der auf andere Thuner Bauten hingewiesen hat. Beim KK Thun wurde beispielsweise in einem politischen Prozess in ein Bauprojekt eingegriffen und eine Limite gesetzt. Dies ist jedoch fachlich falsch und gefährlich. Eine Limite zu setzen, gestützt auf einer Machbarkeitsstudie, die vor Jahren erstellt wurde, wäre fahrlässig. Im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit ist zu beachten, dass das Betreiben eines Krematoriums gegen Entgelt kein Verlustgeschäft ist. Durch die Einnahmen der Auswärtigen wird überhaupt erst ermöglicht, dass Thunerinnen und Thuner kostenlos kremiert werden können. Das Kremieren ist ein mehrstündiger Prozess, der durch Personal betreut werden muss. Durch die Reduktion von Ofenlinien bleibt der Personalaufwand gleich gross, während sich der Durchsatz verringert. Zudem wird eine einzige Ofenlinie zwangsläufig zu Ausfällen führen. Das vorgelegte Geschäft ist die wirtschaftlichste Lösung. Im Hinblick auf die Architektur wäre ein Eingriff in das Projekt, das von so vielen Fachleuten begutachtet wurde, falsch. Die Säulen wirken zwar luxuriös, sind aber kein Kostenfaktor. Der Kostentreiber ist die Umgebungsarbeit. Er bittet den Rat, den Rückweisungsantrag abzulehnen und versichert, dass nach bestem Wissen und Gewissen auf eine Kostensenkung hingearbeitet wird.

Der Rat nimmt Beschluss Ziffer 1 einstimmig an.

Der Rat lehnt mit 30 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Rückweisungsantrag der Fraktion Grüne von Beschluss Ziffer 2 ab.

Der Rat genehmigt schliesslich mit 34 : 2 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g und Artikel 68 Absatz 1 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Juni 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von 92'580 Franken (inkl. Aktivierbare Eigenleistungen) als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung. Verpflichtungskredit Nr. 2212.5040.007 (Bilanzkonto 14040.01.01) für zusätzliche Ausgaben für den Wettbewerb Neubau Krematorium Thun-Schoren.

2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1'260'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2240.5040.001 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Projektierung des Neubaus Krematorium Thun-Schoren und die vorgezogene Ausschreibung der Ofenanlage.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

38. Eissportzentrum Grabengut

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 132'000 Franken für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs

Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2016

Gemeinderat Konrad Hädener informiert, dass er mit der Stossrichtung des Geschäfts einverstanden ist, ihm der Terminplan jedoch schwerfällt. Obwohl er den Umgang mit Terminen betreffend Grabengut stets kritisiert hat, muss er eine weitere Terminverschiebung ankündigen. Grund dafür ist unter anderem, dass es sich beim Grabengut um eine Zone mit Planungspflicht handelt und für das Vorhaben nur ein Architekturwettbewerb in Frage kommt. Je länger die Diskussionen andauern, desto mehr Investitionsentscheidungen müssen gefällt werden. So mussten beispielsweise die Eiserzeugungsanlage saniert sowie die Eisreinigungsmaschine ersetzt werden. Ein Unfall, bei dem eine Helferin auf der Strafbank von einem Puck getroffen und verletzt wurde, hat dazu geführt, dass Notmassnahmen ergriffen und Plexiglasbanden als Schutz angeschafft werden mussten. Je länger über das Geschäft diskutiert wird, desto mehr Zwischenlösungen sind erforderlich. Jetzt, da ein Sanierungsprogramm mit allen Beteiligten aufgestellt wurde, sollte mit dem selektiven Wettbewerb begonnen werden. Er versichert, dass bezüglich Standort keine fahrlässigen Entscheidungen getroffen werden. Bis zum Moment der Realisierung bleibt Zeit. Er bittet den Rat eindringlich, dem Geschäft grünes Licht zu geben.

Franz Schori, **SAKO B+L**, erläutert, dass sich die Sachkommission intensiv über die Gründe der Standortentscheidung, die Nutzungsbedürfnisse, den selektiven Architekturwettbewerb, die städtebaulichen Ziele, die bestehenden aufzuwertenden Qualitäten sowie den modularen Aufbau bei dem Sanierungsprojekt informiert hat. Er erläutert das Geschäft. Die Sanierung ist zwar teuer, aber dennoch günstiger als ein Neubau. Die SAKO B+L stimmt dem Verpflichtungskredit für den Architekturwettbewerb einstimmig bei einer Enthaltung zu. Zum heutigen Zeitpunkt scheint es wenig realistisch, dass Neubaupläne von der Bevölkerung mitgetragen würden.

Manfred Locher, **SAKO BiSK**, stimmt seinem Vorsprecher Franz Schori zu. Die SAKO hat mit 5 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, befürchtet, dass das Volk bei einem etwa 20 Millionen Franken teureren Neubau nicht mitmachen würde, wie die Erfahrung beim Fussballstadion gezeigt hat. Wer den Kredit ablehnt, wird für die Bauverzögerung und die entstehenden Folgekosten verantwortlich gemacht. Das Grabengut ist für weite Bevölkerungskreise optimal gelegen und trägt dazu bei, Eisschuhlaufen als Bevölkerungssportart zu erhalten. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu. Er unterstreicht, dass die bei der Eiserzeugung entstehende Abwärme bei der Planung von anderen Projekten in der Umgebung mit eingeplant werden soll.

Die **SVP/FDP-Fraktion**, so Carlo Schlatter, hat lange über die Vorlage diskutiert und beantragt eine Rückweisung. Es steht ausser Frage, dass die Anlage Grabengut saniert werden muss. Anlass zur Diskussion hat der einseitige Standortentscheid des Gemeinderats aus dem 2012 gegeben. Der Entscheid, ob das Grabengut saniert oder in Thun Süd ein Neubau gemacht werden soll, ist von grosser strategischer Bedeutung. In Anbetracht der hohen Kosten sollte langfristig geplant werden. Sollte der EHC Thun aufsteigen, wäre das Stadion nicht gross genug. Die Fraktion hält an der Idee eines Sportclusters in Thun Süd fest. Eine einfache, modular aufgebaute Eissportanlage in Thun Süd wäre nicht wesentlich teurer als die geplante Sanierung am Grabengut. Ein Neubau würde das Projekt verzögern. Durch diverse kleine Investitionen kann das Grabengut währenddessen mit wenig Mitteln in Stand gehalten werden. Es wird betont, dass ein anständiges Sportzentrum in Thun nicht in Frage gestellt wird. Die Fraktion steht klar hin-

ter einem solchen Projekt. Allerdings erscheint die geplante Sanierung zu gross. Zudem sind die Möglichkeiten im Grabengutareal beschränkt und auch für die Zukunft limitiert. Erfahrungen haben gezeigt, was passiert, wenn die Politik nicht in geschlossenen Reihen hinter einem Projekt steht. Eine offene und politische Diskussion über den Standort ist erwünscht, bevor das Geschäft vor das Volk kommt. Lehnt der Stadtrat den Rückweisungsantrag ab, so wird dies als Bekenntnis für den Standort Grabengut betrachtet. Es wird dann aber auch erwartet, dass alle Ratsmitglieder für den Standort und das Geschäft vor dem Volk einstehen. Die SVP/FDP-Fraktion stellt zum vorliegenden Geschäft einen Rückweisungsantrag und bittet den Gemeinderat, den Stadtrat umfassend über seine Überlegungen, die zum Standortentscheid geführt haben, zu informieren und den Stadtrat in den weiteren Entscheidungsprozess zu involvieren. Sollte der Rückweisungsantrag abgelehnt werden, so wird die Fraktion dem Gemeinderat folgen und dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Informationen. Eine umfassende Sanierung ist dringend nötig. Es wird bedauert, dass die Standortwahl nicht mehr diskutiert wird. In der Fraktion wurden grosse Vorbehalte gegenüber der Überdachungsplanung und der Ummantelung des zweiten Eisfeldes geäussert. Für die beabsichtigte Kapazitätssteigerung fehlt ein Betriebskonzept in den Unterlagen. In Anbetracht der durch die Klimaveränderung immer kürzer werdenden Wintermonate stellt sich die Frage, inwiefern eine Kapazitätssteigerung überhaupt noch angebracht ist. Möglicherweise werden die Bedürfnisse für Wintersportarten rückläufig. Zudem wird kritisch hinterfragt, inwiefern die vom Stadtrat verlangten Varianten im Architekturwettbewerb aufgenommen werden können. Die Fraktion ist geteilter Meinung. Ein Handeln ist angebracht, allerdings sind noch viele Fragen unbefriedigend geklärt. Dem Projektierungskredit stimmt die Fraktion mit 4 : 1 Stimmen zu. Es wird erwartet, dass der Architekturwettbewerb ein städtebaulich überzeugtes Projekt hervorbringt, ohne den Rahmen zu sprengen. Der Rückweisungsantrag findet in der Fraktion Sympathien und teilweise Unterstützung.

Die **SP-Fraktion**, so Sandra Rupp, wird dem Verpflichtungsantrag zustimmen und den Rückweisungsantrag ablehnen. Der Standort Grabengut und die geplante Sanierung sind eine pragmatische und vernünftige Lösung. Eine Entwicklung und Umstrukturierung im Grabengut macht erst dann Sinn, wenn das Parkhaus auch mit einbezogen wird. Der Standort Grabengut ist sinnvoll. Die Fraktion könnte sich ein Sportcluster in Thun-Süd ebenfalls vorstellen. Kurz- und mittelfristig werden aber Sportplätze für den Breitensport bevorzugt. Nutzerbedürfnisse von Vereinen wurden eingeholt. Die breite Bevölkerung, bei der unterschiedliche Bedürfnisse vorhanden sind, so zum Beispiel der Wunsch nach einem Aussenfeld für Familien, wurde jedoch nicht gefragt. Es wäre wünschenswert, wenn diese noch mit einbezogen werden könnten. Es wird kritisiert, dass die SVP/FDP-Fraktion im letzten Moment plötzlich über den Standort diskutieren möchte, obwohl in den vergangenen vier Jahren genügend Möglichkeiten vorhanden gewesen wären. Die SP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, begrüsst die bereits getätigten Investitionen. Sollte es zu einer anderen Standortwahl kommen, könnten Teile der Investitionen umgezogen werden. Diese bereits getätigten Investitionen verunmöglichen einen anderen Standortentscheid nicht. Es ist der Fraktion ein Anliegen, dass, solange noch kein Standortentscheid gefällt ist, das Grabengut weiterhin genutzt werden kann. Das Projekt wird sich unumstritten verzögern, könnte dem Stadtrat jedoch bereits im Herbst wieder vorgelegt werden. Je teurer die Sanierung im Grabengut wird, desto eher wird die Bevölkerung einem Neubau in Thun Süd zustimmen. Die Hauptmotivation für den Rückweisungsantrag ist die Befürchtung, dass der Standort Grabengut kein zukunftssträchtiger Entscheid ist. Es wird kritisiert, dass viel Geld in die Sanierung des Grabenguts investiert und trotzdem an der Idee des Sportclusters Thun Süd festgehalten wird. Der Gemeinderat wird gebeten, nochmals eine Zusatzschleife zu machen. Sollte der Stadtrat den Rückweisungsantrag ablehnen, wird die Fraktion dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, erachtet die Sanierung des Grabenguts als unumstritten. Es sollen viele attraktive Anlässe auf dem Eis stattfinden. Die Fraktion bedauert, dass die Standortfrage nie im Stadtrat diskutiert wurde. Ein selektiver Architekturwettbewerb und der relativ tiefe Verpflichtungskredit werden begrüsst. Die Fraktion stimmt dem Rückweisungsantrag der SVP/FDP-Fraktion zu. Sollte sich im Stadtrat keine Mehrheit finden, folgt die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates.

Gemeinderat Konrad Hädener erinnert an diverse Beschlüsse und Ereignisse zwischen 2009 und 2012: Im 2010 wurde ein Gemeinderatsentscheid betreffend Kunsteisbahnverlegung nach Thun Süd unter dem

Vorbehalt einer Rückfalloption kommuniziert. Die Rückfalloption wurde im 2011 eingelöst. Es wurde beschlossen, dass die Kunsteisbahn im Grabengut bleiben soll. Dieser Entscheid wurde im 2012 öffentlich und in den Sachkommissionen kommuniziert und begründet. Ein Neubau in Thun-Süd wurde aufgrund der damaligen Studie beziffert, ohne jedoch die Curlinghalle mit einzuberechnen. Es wurde ausgerechnet und offengelegt, was an Mantelnutzung nötig wäre, um eine solch grosse Investition zu finanzieren. Der Flächenkonsum der Mantelnutzung in Thun Süd wäre im Vergleich zur sportlichen Nutzung unverhältnismässig. Es wurde abgeklärt, welche Verdichtung im Grabengut nötig wäre. Diese wurde vom Gemeinderat als unrealistisch betrachtet. Bezüglich fehlendem Einbezug des Stadtrates wird entgegnet, dass es Vorstösse gab, bei denen Fragen aufgeworfen und beantwortet wurden, so zum Beispiel am 17. März 2011 von Seiten der SVP oder die Motion M1 im 2012, die als Postulat überwiesen wurde. Es wird auf Protokolle verwiesen, aus denen ersichtlich ist, dass der Stadtrat den Standort diskutiert und akzeptiert haben. Es wäre reichlich Zeit da gewesen, um das Ergebnis zu diskutieren. Falls die Diskussionen wieder aufgerollt werden, ist nicht klar, ob man in vier Jahren nicht wieder am gleichen Punkt steht. Sollte es im 2020 eine Abstimmung geben, werden die Informationen nochmals gemeinsam verifiziert. Zu diesem Zeitpunkt wird es auch ein neues Baugesetz geben und die Situation Thun Süd kann neu betrachtet werden. Das Thema Abwärme kann aufgegriffen werden, da die energetische Sanierung eine wichtige Rolle spielt. Die Anlage selbst wird in erster Linie durch die Abwärme versorgt. Wie viel Überschusswärme es geben wird, kann nicht genau vorhergesagt werden. Es wird auf das Zentrum Oberland verwiesen, welches das Schulhaus Neufeld mit Abwärme versorgt. Der EHC Thun hat sich mit der Sanierung des Grabengutareals einverstanden erklärt. Der Wettbewerb wird verschiedene Varianten generieren. Er stellt klar, dass es bei den Investitionen, die fortlaufend getätigt werden, nicht um eine Standortverschiebung geht, sondern dass die Sanierungsergebnisse reindiziert werden. Er bittet den Rat, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen. In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen nicht verändert. Eine erneute Betrachtung und Beurteilung der Lage mit Einbezug des Parkhauses Grabengut und den Baurechten ist in einigen Jahren wieder sinnvoll. Bei den Baurechten macht es Sinn, diese wie beim Lachen zu harmonisieren und für eine bestimmte Zeit laufen zu lassen.

Lukas Lanzrein (SVP) bestätigt das Zitat aus dem Sitzungsprotokoll. Er informiert über die protokollierte Unvollständigkeit seiner damaligen Aussage und ergänzt das Zitat: "Es stellt sich die Frage, ob eine Sanierung in diesem Umfang wirklich notwendig ist, vor allem vor dem Hintergrund, dass auf eine zukunftsgerichtete Verlegung des Standorts verzichtet werden soll."

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag der SVP/FDP-Fraktion mit 18 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 10. Juni 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 132'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 3432.5040.001 für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für das künftige Eissportzentrum Grabengut.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident weist auf eine Motion hin, bei der Dringlichkeit verlangt wurde. Über die Dringlichkeit wird am Ende der Sitzung abgestimmt.

39. Neubau IT-Rechnerzentrum mit Arbeitsplätzen

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 380'000 Franken für die Machbarkeitsstudie sowie die Durchführung eines Projektwettbewerbs

Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2016

Der Stadtpräsident erläutert das Geschäft und weist darauf hin, dass die Möglichkeiten im Thunerhof beschränkt und Kapazitätsengpässe absehbar sind. Der Gemeinderat hat sich im 2015 dafür entschieden, weiterhin ein eigenes Rechenzentrum zu betreiben. Gründe dafür sind einerseits, dass die Stadt Thun über die erforderlichen Kompetenzen verfügt. Andererseits sorgt ein eigenes Rechenzentrum für Unabhängigkeit, Zugänglichkeit, Handlungsfreiheit, Datensicherheit und unterstützt die Strategie, dass Thun als Zentrum gestärkt wird. Bestehende Verträge mit umliegenden Gemeinden und Schulen basieren auf einem eigenen Rechenzentrum. Eine Alternative zum eigenen Rechenzentrum wäre ein Housing. Der Kostenvergleich hat jedoch gezeigt, dass eine Housing-Lösung wesentlich teurer wäre. Diese Option wurde aus strategischen und finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt. Der momentane Standort im Thunerhof ist nicht optimal. Da es zurzeit keinen anderen Standort gibt, wird ein Neubau anvisiert. Durch den Masterplan Industriestrasse kann gewährleistet werden, dass sich das Gebäude am richtigen Ort befindet. Es wird ein selektiver Wettbewerb durchgeführt. In der Kostenschätzung gibt es grosse Diskrepanzen. Es macht wenig Sinn, andere Lösungen zu evaluieren und Kosten genau berechnen zu wollen, ohne diese gegenüberstellen zu können. Sollte es zum Neubau kommen, muss dem Volk eine überzeugende Vorlage vorgelegt werden. Bis dahin wird die Entwicklung fortgeschritten sein und die Lage kann neu begutachtet werden. Der Markt sowie alternative Lösungen werden überprüft und Kosten werden genau berechnet und gegenübergestellt. Es wäre verfrüht, jetzt einen Entscheid zu treffen. Er verweist auf die Backup-Rechenzentren, die nicht Gegenstand der Vorlage sind und bittet den Rat, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Thomas Hiltbold, **SAKO P+F**, dankt dem Gemeinderat für die Unterlagen und die gute Präsentation. Es wurden viele kritischen Fragen gestellt, die zufriedenstellend beantwortet werden konnten. Die Sachkommission hat dem Kredit mit 5 Zustimmungen und 2 Enthaltungen zugestimmt, wobei die Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit die Hauptargumente für die Zustimmung waren. Zudem sind zurzeit keine passenden Anbieter in näherer Umgebung vorhanden. Überzeugend sind ebenfalls die Flexibilität, Datensicherheit sowie die kurzen Wege, die folgen, wenn alle Dienstleistungen aus eigener Hand erbracht werden können. Kritisiert wird, dass Private nicht involviert werden. Es sind keine Gründe ersichtlich, warum auf Bewährtes verzichtet werden soll.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, folgt dem Antrag des Gemeinderates. Die Fraktion spricht ihr Vertrauen gegenüber der innovativen Informatikabteilung, die gute Dienstleistungen erbringt, aus. Bisher wurde haushälterisch mit den Mitteln umgegangen.

Franz Schori, **SAKO B+L**, empfiehlt einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Verpflichtungskredits. Der momentane Standort im Thunerhof eignet sich nicht als Rechenzentrum. Zudem führt ein eigenes Rechenzentrum zu mehr Unabhängigkeit und verleiht dem Legislaturziel, die Stadt als Zentrum zu stärken, ein Gesicht. Durch ein eigenes Rechenzentrum können Aufträge von umliegenden Gemeinden und stadtnahen Betrieben entgegengenommen werden. Erste unverbindliche Interessensbekundungen liegen vor. Mit dem zu ratifizierenden Grundsatzentscheid wird noch kein Entscheid gefällt, wo Backups angesiedelt werden sollen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Die rasant zunehmende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft stellt eine grosse Herausforderung dar. Die Chancen sollen genutzt und die Gefahren minimiert werden. Eine der Gefahren ist die Herrschaft über die Daten. Datenschutz und -sicherheit sollen durch ein eigenes Rechenzentrum gewährleistet werden. Die Zentrumsfunktion der Stadt kann durch ein eigenes Rechenzentrum gestärkt werden. Anlass zur Kritik gaben lediglich die Backups, die im Thunerhof stationiert bleiben sollen. Der Gemeinderat wird gebeten, sich nach einem neuen Standort umzuschauen. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt als Arbeitgeber für IT-Leute genügend attraktiv ist. Vielen IT-Leuten ist die Individualität wichtig. Im Hinblick auf die Zukunft werden sehr viele IT-Leute fehlen, was für die ganze Volkswirtschaft eine grosse Herausforderung sein wird. Es sollten deshalb vermehrt IT-Leute ausgebildet werden. Allenfalls lassen sich auch unter Flüchtlingen Leute mit einem hohen IT-Knowhow finden.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, findet die im Vorfeld unterschiedlichen Aussagen schwierig. Gemeinderat Konrad Hädener hatte im Vorfeld von einem strategischen Entscheid gegen ein Outsourcing gesprochen, nun sagt Stadtpräsident Raphael Lanz, dass der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ein strategischer Entscheid sei. Es ist auch für die glp klar, dass der IT-Betrieb weiterhin in den Händen der

Stadt bleiben soll. Ein Outsourcing würde eine Reduktion der Arbeitsplätze und der Selbständigkeit sowie eine hohe Abhängigkeit bedeuten. Die Option eines Housings ist deutlich günstiger als ein eigenes Rechenzentrum, wenn man die anfallenden Kosten des Gebäudes durch Abschreibungen, Zinsen und Unterhalt mit einrechnet. Dabei stellt sich die Frage, wie oft ein Rechenzentrum tatsächlich besucht werden muss. Erfahrungen haben gezeigt, dass dies drei- bis viermal monatlich geschieht. Die anfallenden Weg- und Arbeitszeitkosten bei einem Housing in Bern wären ebenfalls günstiger als ein Neubau. Durch ein Housing würde man sich für maximal 10 Jahre verpflichten und hätte während dieser Zeit seinen eigenen Raum oder Kasten, zu dem niemand anderes Zutritt hat. Dies führt zu einem geringen Flexibilitätsverlust und zu einer hohen Sicherheit gegenüber Drittkunden. Es stellt sich die Frage, ob ein politischer oder ein fachlicher Weg angestrebt wird. Bei einer Abstimmung wird die Entscheidung auf die politische Schiene gelegt, bei der das Volk entscheidet. Die grünliberale Partei stellt einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, die Housing-Angebote vorgängig abzuklären. Eine gesamtheitliche Sichtweise ist erwünscht. Die Fraktion der Mitte möchte die Planungsphase freigegeben, vertraut aber darauf, dass parallel dazu Abklärungen betreffend Housing-Angeboten gemacht werden. Zu einem späteren Zeitpunkt soll entschieden werden, welche der beiden Varianten besser ist. Zudem sollte geprüft werden, ob allenfalls eine Eigenständigkeit (eigene rechtliche Einheit) einer solchen Abteilung möglich wäre.

Der Stadtratspräsident informiert über die Verschiebung von Traktandum 7, Postulat Nr. P 5/2016 betreffend Fussball-Rasenfelder bei der Stockhorn-Arena auf die nächste Stadtratssitzung.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, interessiert die Antwort des Gemeinderates zu den Ausführungen von Stadtrat Andreas Kübli, welche die Fraktion zum ersten Mal hört. Eine vorzeitige Antwort des Gemeinderates oder ein kurzer Sitzungsunterbruch werden angeregt.

Daniela Weber, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen und überzeugenden Bericht. Der strategische Entscheid eines Neubaus, der zur Erhaltung des Knowhows innerhalb der Stadt führt, Flexibilität und Unabhängigkeit garantiert und die Zusammenarbeit mit weiteren Kunden ermöglicht, wird begrüsst. Es ist fraglich, ob die Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden bei einer externen Lösung weitergeführt werden könnte. Von den alternativen Outsourcing- und Housing-Möglichkeiten, die nicht unbedingt günstiger wären, ist die Fraktion nicht überzeugt. Dadurch verliert die Stadt Thun als Arbeitgeberin an Attraktivität und Flexibilität. Das Angebot von technologischen Arbeitsplätzen fördert Thun als starken Wirtschaftsstandort. Der Wechsel in ein Outsourcing-Modell birgt zu viele Risiken. Bei der Stadtverwaltung und den Thuner Volksschulen handelt es sich um hochseriöse Daten, die selbst verwaltet werden sollten. Die SVP/FDP-Fraktion vertraut auf den Strategieentscheid des Gemeinderates und stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die umfangreichen Unterlagen. Eine gut funktionierende und kostengünstige IT-Funktion beissen sich. Es ist lobenswert, dass die Stadt Thun die Verantwortung selbst tragen möchte. Anfahrtswege müssen kurz sein, um einen schnellen Zugriff gewährleisten zu können. Der Gesamtaufwand eines eigenen Rechenzentrums ist gering. Die BDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates vollumfänglich zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, informiert, dass alle entsprechenden Argumente den Fraktionen im Voraus zugeschickt wurden. Er ermutigt den Rat, sich auch durch neue Überlegungen inspirieren zu lassen.

Der Stadtpräsident kritisiert, dass nach umfassenden Diskussionen in den Sachkommissionen und nachträglich gelieferten Informationen ein Lösungsvorschlag präsentiert wird, zu dem weder Zahlen noch Fakten vorliegen. In Thun gibt es keinen Markt für das nötige Housing. Zu dem Kostenvergleich kann er keine Stellung nehmen. Mit der Strategie, als Zentrum Dienstleistungen anbieten zu können, befindet sich die Stadt Thun mit einem eigenen Rechenzentrum in einer anderen Lage. Es wird von allen Abteilungsleitenden eine fachliche Vorgehensweise erwartet. Die vorliegenden Zahlen wurden durch die Informatikdienste der Stadt Thun erarbeitet. Dank Gemeinderat Konrad Hädener, der aus der Informatikbranche stammt, konnten die Fakten zusätzlich geprüft werden. Ein fachlicher Entscheid, der langfristig in die Strategie der Stadt Thun passt, wurde gefasst. Sobald die genauen Kosten bekannt sind, werden diese mit anderen Möglichkeiten verglichen. Er bittet den Rat, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über die Zentrierung der Stadtverwaltung an drei Standorten. Ein erster Schritt erfolgte kürzlich durch den neuen Standort Obere Hauptgasse 74. Durch die Umquartierung des Stadtmarketings, des Finanzinspektorats sowie der Kulturabteilung konnte ein Gebäude freigespielt werden, welches saniert und vermietet wird. Durch den Umzug der Informatikdienste in ein neues Gebäude und die dadurch freiwerdenden Plätze im Thunerhof könnten weitere Gebäude freigespielt und vermietet werden. Die finanziellen Auswirkungen werden deshalb wahrscheinlich positiv ausfallen. Ein Gesamtbild soll präsentiert werden, sobald Vergleichszahlen mit Housing-Lösungen gemacht werden können.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Andreas Kübli mit 31 : 2 Stimmen ab.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Juni 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 380'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2230.5040.002 (Bilanz-Konto 14040.01.01) für die Machbarkeitsstudie sowie die Durchführung eines Projektwettbewerbes (Beschaffung) für den Neubau IT-Rechenzentrum mit Arbeitsplätzen.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

40. Verkehrsanlagen. Parkleitsystem (PLS)

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 2'780'000 Franken für die Projektierung und Realisierung eines Parkleitsystems. Lenkung MIV, Massnahme 942.005 aus Agglomerationsprogramm 1. Generation

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2016

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über die nachträglich erhaltene zustimmende Stellungnahme vom Oberingenieurkreis. Signalisationsänderungen werden vom OIK jeweils geprüft und bewilligt. Die Stellungnahme ist nicht abschliessend, aber ermutigend. Er bittet den Rat um Unterstützung.

Franz Schori, **SAKO B+L**, informiert über die einstimmige Zustimmung in der Sachkommission. Die umfassenden Abklärungen haben sich gelohnt. Es handelt sich nicht nur um ein Parkleitsystem, sondern auch um ein Verkehrsleitsystem. Besonders erfreulich ist, dass nicht nur die städtischen, sondern auch die privaten Parksyste me erfasst wurden. Die Firma der LED-Displays gehört in Europa zu den führenden Unternehmen für Verkehrssicherheit mit intelligentem Verkehrsmanagement. Dasselbe Unternehmen wird möglicherweise auch weitere nützliche Produkte liefern. Er freut sich auf eine Inbetriebnahme des Parkleitsystems parallel zur Eröffnung des Schlossbergparkings.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, fragt sich, wie die höher als einst erwarteten Kosten zustande kamen. Die Kostenerhöhung erscheint plausibel, wenn man die Entwicklung der Technik und die vermehrten Möglichkeiten betrachtet. Die Darstellung der Kostenbeteiligung von Bund und Kanton in den Unterlagen wird kritisiert, da diese auf dem Preisstand von 2005 beruhen. Ebenfalls finden sich im Bericht keine Informationen zur Kostenbeteiligung der Parkhausbetreiber. Es stellt sich die Frage, ob die Kosten zur Erstellung der inneren Infrastruktur ebenfalls im Kredit enthalten sind. Die SVP/FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Dokumentation. Die Fraktion würde es begrüssen, wenn Kersch AG und Manor auch mit einbezogen würden. Es wird auf die Stadt Bern verwiesen, bei der das Parkleitsystem durch eine Betreuungsgesellschaft mit Privaten organisiert und koordiniert wird. Das Parkleitsystem wird in Bern durch Parkgebühren finanziert. Möglicherweise könnte dies auch in Thun funktionieren. Das Leitsystem könnte dem Verkehrssystem eventuell noch mehr bringen, indem Autolenkende durch einheitliche Parkgebühren in ihrem Fahrverhalten beeinflusst

würden. Die Fraktion erinnert an das gemachte Versprechen, dass das im Sommer öffnende Parkhaus City Süd frühzeitig beschildert wird. Die Fraktion begrüsst das Parkleitsystem und ist überzeugt davon, dass die Lebenswerte in Thun dadurch erhöht werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, findet das Parkleitsystem eine wichtige Massnahme, um den Verkehr zu lenken, zu optimieren und den Suchverkehr zu minimieren. Allerdings werden keine Wunder erwartet, da weder mehr Strassenraum, noch weniger Autos vorhanden sind. Die Situation kann optimiert und gelenkt werden. Die Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat auf eine moderne Lösung setzt. Die Kosten, vor allem verursacht durch die LED-Panels, sind zwar hoch, aber akzeptabel. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit mit mittlerer Begeisterung zu, da damit nicht alle Probleme gelöst werden.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Es stellt sich die Frage, ob Thun für ein solches System nicht fast zu klein ist. Das Parkleitsystem soll mit der Eröffnung des Parkings City Ost vollendet werden. LED-Panels mit Freitext sind wichtig, um bei allfälligen Änderungen flexibel zu bleiben.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, ist sehr zufrieden mit der Vorlage. Sie erläutert das Geschäft. Das LED-Panel-System bietet mehr Möglichkeiten und Flexibilität als herkömmliche Blechschilder. Für Thun als regionales Zentrum bedeutet das eine grosse Hilfe bei Anlässen. Die Fraktion begrüsst, dass die Kontrolle über den Betrieb der Anzeigetafeln durch die Stadt und nicht durch private Betriebe übernommen wird. Dadurch werden Partikularinteressen und Konflikte in Grenzen gehalten. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts. Eine Kostenbeteiligung der Parkhausbetreiber ist nicht vorgesehen. Es gibt eine klare Schnittstelle zwischen Inhouse-Installationen, für die die Parkhausbetreiber zuständig sind, und dem Parkleitsystem. Gewisse Parkhäuser wie das Manor-Parking sind denkbar schlecht gelegen. Die Stadt möchte sich vorbehalten, zu gewissen Tageszeiten beim Manor keine freien Parkplätze auszuschildern. Durch Kameras wird zurzeit versucht, die Verkehrslage beim Bahnhofplatz zu optimieren. Es sind jedoch keine Wunder zu erwarten. Die Stadt Thun möchte bewusst keine Investitionsbeteiligungen, um unabhängig zu bleiben. Die LED-Panels werden bis zur Eröffnung des Parkings City Süd im August noch nicht bereit sein. Zudem werden die LED-Panels aus Kostengründen nur grossräumig aufgestellt. Bei der Eröffnung werden vermutlich Blechschilder auf das Parking hinweisen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 10. Juni 2016, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 2'780'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5290.002 (Bilanzkonto Nr. 14290.20.01) für Projektierung und Realisierung des Parkleitsystems Thun.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

41. Fragestunde

F 4/2016 betreffend Asylplätze Kanton Bern SVP/FDP-Fraktion vom 28. Juni 2016: Beantwortung liegt vor

42. Motion M 1/2016 betreffend ein echter Uferweg im Gebiet Schadau-Lachen – für Thun die Stadt am Wasser: Dringlichkeitsbeschluss

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, erachtet die Motion als dringlich, da das Geschäft schnellstmöglich im Rat behandelt werden sollte. Die Auftragsüberprüfung findet statt, sobald das Geschäft überwiesen wurde.

Gemeinderat Konrad Hädener kündigt die Beantwortung des Geschäfts in der kommenden August-Sitzung an, unabhängig vom Abstimmungsergebnis.

Der Rat stimmt der Dringlichkeit zu.

Mitteilungen

Eingänge

- M1/2016 Motion ein echter Uferweg im Gebiet Schadau-Lachen – für Thun die Stadt am Wasser; Andrea de Meuron (Grüne), Peter Aegerter (BDP) und Lukas Lanzrein (SVP/FDP) vom 30. Juni 2016 (Dringlich)
- P7/2016 Postulat zur Stärkung von Thun als Stadt am Wasser mit einer Kleinbootsverbindung vom Aarebecken zu den kulturhistorisch bedeutenden Parkanlagen Schadau und Bonstetten; Franz Schori (SP), Andrea de Meuron (Grüne), Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2016
- I8/2016 Interpellation Thuner Finanzen; Fraktion der Mitte vom 30. Juni 2016
- I9/2016 Interpellation "thun! das magazin"; Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2016
- I10/2016 Interpellation Neuer Abfallsammelhof im Lerchenfeld; Daniela Weber (SVP/FDP) und Mitunterzeichnende vom 30. Juni 2016

Stadtratssekretär Remo Berlinger weist auf die Einladung zur Besichtigung der Baustelle City Ost vom 9. September 2016 hin. Die Anmeldefrist ist am 30. Juni 2016.

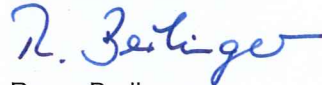
Der Stadtratspräsident wünscht allen Ratsmitgliedern einen schönen Sommer.

Der Stadtratspräsident



Matthias Wiedmer

Der Stadtratssekretär



Remo Berlinger